



Gebäude des Völkerbundes
in Genf

3.4. Die Außenpolitik der imperialistischen Staaten und des Sowjetstaates in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre

3.4.1. Die Konferenz von Genua

Nachdem die Versuche der imperialistischen Großmächte, die sozialistische Sowjetmacht mit militärischer Gewalt zu zerschlagen, gescheitert waren, glaubten einige Kreise der Imperialisten, nun den Sowjetstaat mit diplomatischen Mitteln und durch Wirtschaftsbeziehungen unterminieren und zerstören zu können.

Die Auswirkungen einer Wirtschaftskrise in England veranlaßte vor allem die britische Regierung unter Lloyd George, diese neue konterrevolutionäre Taktik zu versuchen. Sie griff deshalb den sowjetischen Vorschlag auf, eine internationale Konferenz zur Lösung strittiger Fragen einzuberufen. Die herrschenden Kreise Großbritanniens hofften, auf einer solchen Konferenz Sowjetrußland durch kollektiven Druck mehrerer imperialistischer Staaten zu wesentlichen Zugeständnissen zu zwingen. Die Ententemächte beschlossen 1922 die Einberufung einer *Wirtschafts- und Finanzkonferenz aller europäischen Länder nach Genua*.

Die sowjetische Regierung nahm die Einladung an, weil sie die Konferenz für die Festigung des Friedens und die Entwicklung des Handels mit

kapitalistischen Ländern nutzen wollte. Jedoch der erneut anwachsende Druck besonders aggressiver Monopolgruppen auf die Diplomaten der Westmächte führte zu einem Ergebnis der Konferenz, das die großen Erwartungen enttäuschte, die die friedliebenden Menschen Europas in diese Konferenz gesetzt hatten.

Die imperialistischen Mächte strebten unter anderem danach, die russische Volkswirtschaft einer internationalen monopolkapitalistischen Kontrolle zu unterwerfen. Sie stellten Forderungen an den Sowjetstaat, die seine politische und ökonomische Unabhängigkeit verletzten und die deshalb von den Vertretern Sowjetrußlands auf der Konferenz von Genua entschieden zurückgewiesen werden mußten.

Den französischen Imperialisten und den hinter den Kulissen wirkenden Vertretern der USA-Monopole gelang es zwar, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ententemächten und Sowjetrußland zu verhindern, aber eine antisowjetische Einheitsfront aller imperialistischen Länder der Welt vermochten sie nicht zu bilden.

Zwischen den Siegermächten des ersten Weltkrieges und dem besiegten deutschen Imperialismus traten vor allem in der Reparationsfrage während der Konferenz in Genua die Widersprüche scharf hervor.

● *Warum bekämpfte der Weltimperialismus Sowjetrußland zeitweilig mit diplomatischen Mitteln?*

3.4.2. Der Vertrag von Rapallo

Als die Ententeimperialisten in Genua Sowjetrußland und auch Deutschland praktisch wie abhängige Kolonialstaaten behandelten, griffen die Vertreter Deutschlands, Wirth und Rathenau, das sowjetische Angebot auf, ein Sonderabkommen mit dem Sowjetstaat zu schließen.

Sowjetrußland, das als sozialistischer Staat außenpolitisch vor allem an der Erhaltung des Friedens interessiert war, strebte ein friedliches Nebeneinander der Systeme des Sozialismus und des Kapitalismus an. Die Sowjetregierung schlug eine allgemeine Rüstungsbeschränkung vor und ein Verbot der Luftangriffe und der Anwendung von Giftgasen. Gleichzeitig bemühte sich die sowjetische Außenpolitik um eine Annäherung an die unterdrückten und abhängigen Länder. Deshalb verzichtete sie beispielsweise entschädigungslos auf alle imperialistischen Vorrechte, die das zaristische Rußland in Persien, Afghanistan und in der Türkei besessen hatte. Sowjetrußland trat zugleich als einziger Staat dafür ein, daß Deutschlands schwierige Lage erleichtert werden sollte. Es nutzte auch auf der Konferenz von Genua die imperialistischen Gegen-



Die Delegationsleiter Sowjetrußlands und Deutschlands während der Rapallo-Konferenz 1922. (Dr. Wirth, Krassin, Tschitscherin, Joffe v.l.n.r.)

sätze im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Verbesserung der außenpolitischen Positionen Sowjetrußlands.

So kam es am 16. April 1922 in Rapallo, einem kleinen Kurort bei Genua, zwischen Sowjetrußland und Deutschland zur **Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages**.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages von Rapallo zwischen Deutschland und Sowjetrußland

Sofortige Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland.

Gegenseitiger Verzicht auf Erstattung von Kriegskosten und -schäden.

Deutschland erkennt die Nationalisierung des deutschen Eigentums in Sowjetrußland an.

Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des Prinzips der Meistbegünstigung.⁷

Gleichzeitig verpflichtete sich die deutsche Regierung in einem gesonderten vertraulichen Notenwechsel, nicht an antisowjetischen Maßnahmen einer internationalen Wirtschaftsvereinigung teilzunehmen.

Der Vertrag von Rapallo trug zur Verhinderung einer antisowjetischen imperialistischen Einheitsfront bei und diente somit zeitweilig der Erhaltung des Weltfriedens. Gleichzeitig gab der Vertrag Deutschland die Möglichkeit, sich auf dem Wege enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Sowjetland durch Leistungen der friedlichen Arbeit beim Sowjetvolk und bei den anderen Völkern Vertrauen und Achtung zu erwerben. Aber diese Chance der Entwicklung einer wirklich nationalen dauerhaften deutschen Friedenspolitik wurde bald von den Vertretern der besonders aggressiven Kreise des deutschen Imperialismus zugunsten der Vorbereitung eines Revanchekrieges vertan.

● Inwieweit war der Rapallo-Vertrag ein Erfolg der sowjetischen Außenpolitik?

⁷ Meistbegünstigung = Ein durch Verträge festgelegtes Prinzip, nach dem den vertragschließenden Parteien gegenseitig die gleichen günstigen Bedingungen gewährt werden, wie sie dritte Staaten auf dem Gebiet eines dieser Staaten genießen.

3.4.3. Der Einfluß der USA auf die Politik in Europa

Öffentliche Erklärung des amerikanischen Präsidenten Wilson 1919

„Wir werden die finanzielle Führung haben. Wir werden das industrielle Übergewicht haben. Und von uns erwarten die Völker der Welt Führung und Rat.“⁸

Die USA strebten im Sinne ihres Anspruches auf Weltherrschaft auch nach Vorherrschaft in Europa. Hier betrachteten die amerikanischen Imperialisten Deutschland als einen möglichen Bundesgenossen gegen die englischen und französischen Rivalen und zugleich als Stoßkeil gegen die Sowjetunion. Die amerikanischen Imperialisten nutzten die Rivalität zwischen Frankreich und Großbritannien, um sich 1923 mit diesem über ein den amerikanischen Wünschen entsprechendes Verhältnis zu Deutschland zu einigen. Beide Großmächte wollten Frankreichs Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent einschränken und Deutschland zum Vorposten gegen die Sowjetunion machen. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, kamen Großbritannien und die USA überein, dem deutschen Imperialismus bei der Wiederherstellung seiner Großindustrie finanziell zu helfen. Die amerikanischen Monopolherren schalteten sich direkt in die Arbeit der Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission ein (siehe S. 87), die Vorschläge für eine Lösung des Reparationsproblems ausarbeiten sollten. Charles G. Dawes, Direktor der Morgan-Bank in Chicago, wurde Vorsitzender des Ausschusses, in dem alle grundlegenden Fragen behandelt wurden. Der von diesem Ausschuss ausgearbeitete Bericht wurde **Dawesplan** genannt. Er sah vor, die monopolkapitalistische Industrie Deutschlands durch eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark rasch exportfähig zu machen. Die amerikanischen Monopolherren rechneten damit, daß Deutschland verstärkt Waren in die UdSSR exportieren, diesen Staat vom Kurs auf die sozia-

listische Industrialisierung abbringen und gleichzeitig mit den erzielten Profiten einen Teil der Reparationen abdecken werde.

In Verbindung mit dem Dawesplan hoben die Siegermächte auch das im Versailler Vertrag festgelegte Kontrollsystem über die deutsche Rüstungsindustrie auf. Das förderte die Wiederherstellung des Rüstungspotentials des deutschen Imperialismus.

3.4.4. Die Locarnoverträge

Ermuntert von den englischen und amerikanischen Imperialisten, schlug die deutsche Regierung Anfang 1925 den Regierungen in London und Paris vor, Verträge abzuschließen, die die in Versailles festgelegte deutsch-französische und deutsch-belgische Grenze garantieren sollten. Anfang Oktober 1925 konferierten die Außenminister Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens im Schweizer Kurort Locarno.

Deutschland erklärte sich in den **Locarno-Verträgen des Jahres 1925** lediglich bereit, die im Versailler Vertrag festgelegten Westgrenzen anzuerkennen. Frankreich, Belgien und Deutschland unterzeichneten entsprechende Abkommen. England und Italien verpflichteten sich, demjenigen Vertragspartner, dessen Grenzen verletzt werden sollten, Beistand zu gewähren. Mit den Vertretern Polens und der Tschechoslowakei schloß Deutschland jedoch nur Schiedsabkommen, die keinerlei Erklärung über die Anerkennung der Grenzen ihrer Länder zu Deutschland enthielten.

In den Locarno-Verträgen kamen zwei aggressive Grundlinien der Außenpolitik der imperialistischen Staaten zum Ausdruck:

Erstens das verstärkte Streben aller imperialistischen Kräfte nach Vereinigung gegen die Sowjetunion.

Zweitens der Kurs des deutschen Imperialismus auf einen auf lange Sicht geplanten Revanchekrieg.

● **Widerlegen Sie die imperialistische Behauptung, daß der Locarno-Pakt eine Zeit des Friedens und der Völkerverständigung begründet habe!**

⁸ Zitiert nach: G. Hass: Von München bis Pearl Harbor. Berlin 1965, S. 12.

3.4.5. Der Kampf der Sowjetunion für den Frieden und für die Stärkung ihrer internationalen Position

Die sowjetische Regierung begegnete den Versuchen der imperialistischen Großmächte, eine antisowjetische Einheitsfront zu schaffen und neue Interventionen zu organisieren, mit einer Reihe von Nichtangriffs- und Neutralitätsverträgen, die sie vor allem mit Nachbarländern abschloß.

Die Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge der UdSSR in den Jahren 1925 bis 1927

Datum der Unterzeichnung	Vertragspartner
17. Dezember 1925	Türkei
24. April 1926	Deutschland
31. August 1926	Afghanistan
28. September 1926	Litauen
9. März 1927	Lettland
1. Oktober 1927	Iran

Diese Verträge hatten im wesentlichen folgenden Inhalt: Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich, den Partner nicht anzugreifen und bei einem Angriff durch eine dritte Macht Neutralität zu wahren. Das diene der Sicherung der sowjetischen Grenzen und der Herstellung gut-nachbarlicher Beziehungen.

Von besonderer Bedeutung war der deutsch-sowjetische Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag. In ihm verpflichteten sich beide Vertragspartner, bei einem Angriff durch eine dritte Macht oder Mächtegruppe neutral zu bleiben sowie in Friedenszeiten nicht an wirtschaftlichen oder finanziellen Boykottmaßnahmen⁹ teilzunehmen, die gegen den Vertragspartner gerichtet waren.

3.4.6. Die Versuche des englischen Imperialismus zur Isolierung der UdSSR

Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft der UdSSR, die Festigung der Sowjetmacht und die Erfolge der sowjetischen Außenpolitik machten

⁹ Boykott = Abbruch sämtlicher Beziehungen und Kontakte zu Staaten oder Personen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Nach dem irischen Gutsverwalter Boycott.

es vor allem den englischen Imperialisten klar, daß ihnen Zeit und Gelegenheit für einen Anti-sowjetfeldzug verlorenzugehen drohten. Deshalb starteten sie rasch einen neuen großangelegten Versuch der ökonomischen und politischen Isolierung der Sowjetunion.

Mit der Veröffentlichung von gefälschten Materialien löste die englische Regierung 1926 eine neue Hetzkampagne gegen die Sowjetunion aus. Daran beteiligten sich besonders aktiv Henry Deterding, Generaldirektor der Royal Dutch Petroleum Company und Direktor der Shell Transport- und Handelsgesellschaft, die in der Zeit vor 1917 in Baku und Grosny große Erdölfelder besessen hatten. Als Schürer eines hemmungslosen Antisowjetismus betätigte sich auch Leslie Urquhart, dem vor der Oktoberrevolution Eisenerzgruben und Metallwerke im Ural und in Sibirien gehört hatten.

Diese monopolistischen Kreise wollten mit der Hetze gegen die Sowjetunion den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der UdSSR und einen darauf folgenden Interventionsfeldzug vorbereiten,

Chronik der Politik offener Provokationen gegenüber der Sowjetunion

23. 2. 1927: Note Großbritanniens an die UdSSR, in der diese völlig unbegründet anti-englischer Propaganda beschuldigt wurde. Es wurde mit der Annullierung des britisch-sowjetischen Handelsvertrages und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht.

6. 4. 1927: Imperialistische Kreise Großbritanniens veranlaßten chinesische Polizei zu einem Anschlag auf das Gebäude der bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Peking. Ziel: Auslösung eines militärischen Konflikts zwischen der Sowjetunion und China.

12. 5. 1927: Besetzung des Gebäudes der sowjetischen Handelsvertretung und der sowjetischen Handelsgesellschaft ARCOS in London durch britische Polizei wegen angeblicher kommunistischer Propagandatätigkeit.

27. 5. 1927: Großbritannien brach die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab.

7. 6. 1927: In Warschau wurde der Bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion, P. L. Woikow, von einem russischen Konterrevolutionär ermordet. Das sollte die UdSSR in bewaffnete Auseinandersetzungen mit Polen verwickeln.

Aber mit dieser Kette gefährlicher Provokationsakte erreichten die aggressivsten Kreise des englischen Imperialismus die Auslösung des Krieges gegen den Sowjetstaat nicht. Denn die Regierung der UdSSR ließ sich nicht in bewaffnete Auseinandersetzungen hineinziehen. Sie sorgte jedoch dafür, daß Großbritanniens Monopolverherren ihre feindseligen Aktionen mit dem Verlust der dringend benötigten sowjetischen Produktionsaufträge bezahlen mußten. Diese wurden zum großen Teil an Deutschland und an die Tschechoslowakei weitergeleitet. Das brachte einflußreiche Kreise der englischen Großbourgeoisie zur Vernunft. Bereits im Frühjahr 1929 sandten 150 englische Industrie- und Handelsfirmen eine Delegation in die Sowjetunion, um über sowjetische Aufträge zu verhandeln. Die Vertreter der Sowjetunion erklärten ihnen: Aufträge an englische Firmen werden nur bei Wiederherstellung der englisch-sowjetischen diplomatischen Beziehungen vergeben; denn normaler Handel erfordert auch normale diplomatische Beziehungen. Eine Reihe von Faktoren wirkte in dieser Richtung. Besonders hervorzuheben sind davon: Erstens das große Interesse vieler englischer Industrieller und Geschäftsleute am Handel mit der Sowjetunion. Zweitens die Forderungen der Werktätigen nach Normalisierung der britisch-sowjetischen Beziehungen. Drittens das konsequente und zugleich elastische Verhalten der Sowjetregierung. Die ständig wachsende Wirkung dieser Faktoren führte schließlich im

Spätsommer 1929 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Großbritannien.

● *Beweisen Sie anhand von Beispielen die Aggressivität der Politik des Weltimperialismus gegenüber der Sowjetunion!*

● *Welche besondere Funktion hatte der Weltimperialismus dem deutschen Imperialismus und Militarismus zugeordnet?*

842 137

5085